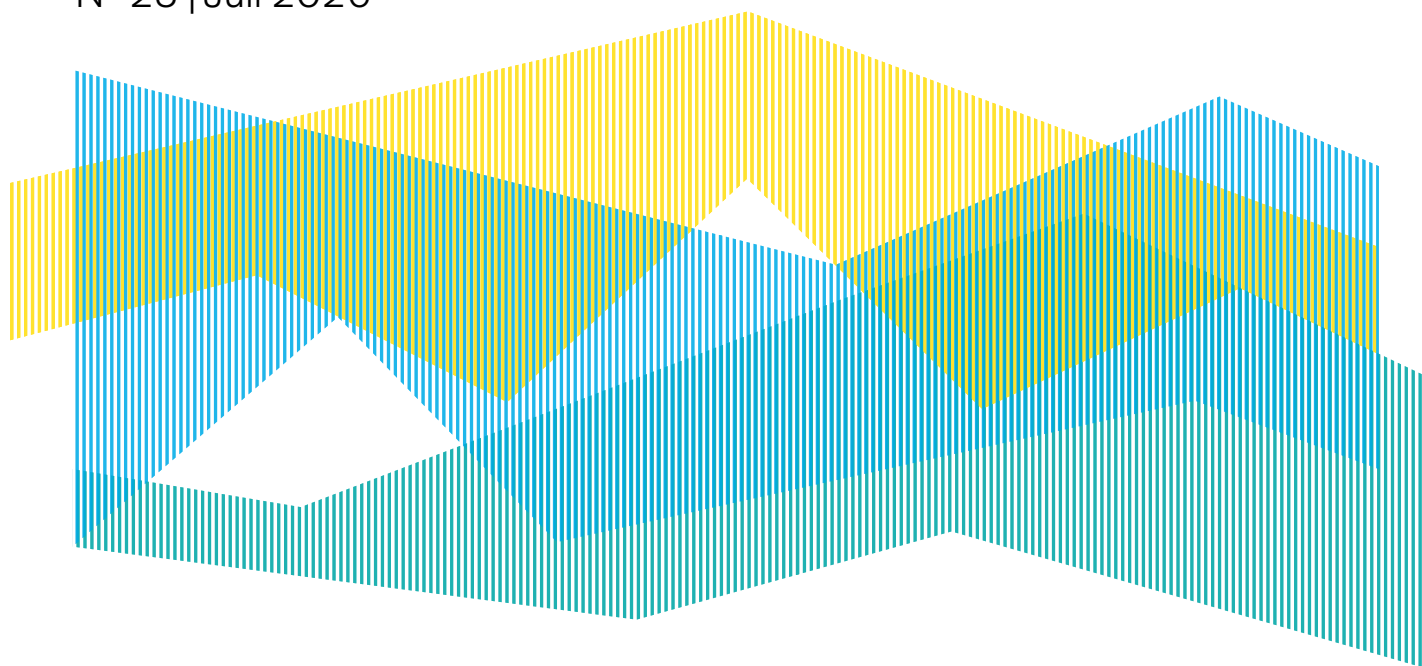
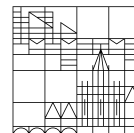




Ungleichheit und Demokratie

Autor*innen

Marius R. Busemeyer

Nadja Wehl

Susanne Garritzmann

Politische Polarisierung in der Schule? Entwicklungstendenzen unter Jugendlichen im Bundesländervergleich

Abstract

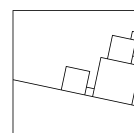
Politische Einstellungen entstehen bereits in jungen Jahren: Jugendliche entwickeln parteipolitische Präferenzen sowie Haltungen zu Demokratie und Migration. Zwischen der 7. und 9. Klasse zeigt sich ein steigendes politisches Interesse und eine insgesamt hohe Unterstützung demokratischer Werte, wie Umfragedaten in diesem Policy Paper belegen. Zugleich werden deutliche Unterschiede nach Bundesland, Schultyp und Bildungshintergrund sichtbar. Besonders auffällig ist die stärkere Identifikation mit der AfD in nicht-gymnasialen Schulformen und in bildungsferneren Kontexten. Die Ergebnisse unterstreichen einen besonderen Handlungsbedarf für politische Bildung und den Abbau struktureller Ungleichheiten.



Weitere Policy Papers des Clusters

„The Politics of Inequality“

→ <https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/forschung/publikationen/policy-papers/>



Über das Projekt

Im Clusterprojekt PerFair („Die Wahrnehmung von Ungleichheit und Fairness unter Schülerinnen und Schülern“ / „Students' Perceptions of Inequality and Fairness“) untersuchen wir, ob und inwiefern die individuellen Erfahrungen (bspw. Schulnoten, die Beziehung zu den Lehrkräften etc.) von Jugendlichen in verschiedenen Schulkontexten eine Auswirkung auf die Entwicklung von Einstellungen und politischem Verhalten haben. Dazu haben wir circa 3.000 Schüler*innen, ihre Eltern und Lehrkräfte befragt. Die schriftliche Befragung der Schüler*innen fand direkt in den Schulen statt, Eltern und Lehrkräfte konnten einen Online-Fragebogen beantworten. Die Studie umfasst die Bundesländer Baden-Württemberg, Sachsen und Schleswig-Holstein und ist in diesen Ländern repräsentativ. PerFair deckt damit sowohl ost- als auch westdeutsche Bundesländer mit unterschiedlichen Bildungssystemen ab. Die erste Befragungswelle fand im Herbst und Winter 2022/23 in der 7. Klasse (mit circa 12-jährigen Jugendlichen) statt, die zweite im Schuljahr 2024/25 in der 9. Klasse.

Einleitung

Die Jugendjahre sind eine prägende Zeit für die Entwicklung politischer Einstellungen und Verhaltensmustern. In dieser Zeit werden wichtige Weichen im Hinblick auf lebenslang wirksame Einstellungen zu Politik und späterem Wahlverhalten gestellt.¹ Obwohl weitere Ereignisse im Lebensverlauf politische Ansichten auch später noch beeinflussen können, bleibt die ‚politische Sozialisierung‘ in den frühen Lebensjahren fundamental. Diese beginnt nicht erst mit dem Erreichen des Wahlalters. Dadurch können unterschiedlichste Bedingungen im Leben von Kindern und Jugendlichen ausschlaggebend dafür sein, wie sie später als Erwachsene über politische Fragen denken und welche Partei sie wählen. Der Schulkontext ist neben der Familie der zentrale Ort für diese politische Sozialisierung und deshalb der Fokus unseres Projekts. Eine Untersuchung der Einstellungen von Jugendlichen gibt darüber hinaus auch mögliche Einblicke in zukünftige politische Entwicklungen.

Ausgangslage

Politische Sozialisierung ist ein Prozess, der die Herausbildung von politischen Einstellungen und Orientierungen beschreibt.² Bereits im Jugendalter nimmt die Beschäftigung mit politischen Themen und Fragen zu und es kristallisieren sich erste politische Orientierungen heraus, die die Grundlage für spätere Entwicklungen bilden. Doch werden Jugendliche automatisch politischer, je älter sie werden? Warum interessieren sich manche Jugendliche stark für Politik, während andere Jugendliche distanziert bleiben? Welche Rolle spielt das Elternhaus für die politische Meinung und wie stark prägen persönliche Frust- oder Erfolgserlebnisse im Klassenzimmer das Vertrauen in unsere Demokratie? Welchen Unterschied macht es, ob junge Menschen in Sachsen oder in Baden-Württemberg ein Gymnasium oder die Hauptschule besuchen?

In diesem Policy Paper blicken wir hinter die Kulissen der politischen Sozialisierung. Auf Basis aktueller Daten des PerFair-Projekts zeigen wir, wo Unterschiede entstehen – und was das für die politische Chancengleichheit bedeutet.

¹ Fitzgerald, Jennifer, and Pavel Bacovsky. 2024. „Young Citizens' Party Support: The „When“ and „Who“ of Political Influence within Families.“ *Political Studies* 72 (2): 634–51.; Jennings, M. Kent, Laura Stoker, and Jake Bowers. 2009. „Politics across Generations: Family Transmission Reexamined.“ *The Journal of Politics* 71 (3): 782–99.; Martin, Nicole S., Ralph Scott, and Roland Kappe. 2026. „School Subject Choices in Adolescence Affect Political Party Support.“ *West European Politics* 49 (3): 697–725.; Neundorff, Anja, and Kaat Smets. 2017. „Political Socialization and the Making of Citizens.“ In *Oxford Handbooks Online*. Oxford University Press.; Rekker, Roderik. 2016. „The lasting impact of adolescence on left-right identification: Cohort replacement and intracohort change in associations with issue attitudes.“ *Electoral Studies* 44: 120–131.

² Neundorff, Anja, and Kaat Smets. 2017. „Political Socialization and the Making of Citizens.“ In *Oxford Handbooks Online*. Oxford University Press.

Die Rolle unterschiedlicher Schultypen für politisches Interesse

In der frühen Jugend entwickelt sich erstmals ein Bewusstsein für gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, Ungleichheiten und ein generelles Interesse an politischen Fragen. Zudem wird in den meisten Schulformen deutschlandweit ab der 7. Klasse Politik aktiv im Unterricht thematisiert. Dadurch setzen sich Jugendliche im Schulunterricht, in Gesprächen mit Eltern und Freund*innen sowie durch Medien- und Social-Media-Konsum mit politischen Fragen und Inhalten auseinander. Wir erwarten daher generell ein steigendes politisches Interesse im Zeitverlauf von Klasse 7 bis Klasse 9. Trotzdem gibt es systematische Unterschiede zwischen Jugendlichen im Hinblick auf die Frage, wie stark sie sich für Politik interessieren und wie stark dieses Interesse über die Zeit ansteigt.³ So fördert ein hoher sozio-ökonomischer Hintergrund („Bildungshaushalt“) beispielsweise die Entwicklung von politischem Interesse. Entsprechend wäre zu erwarten, dass sich politisches Interesse auf Gymnasien stärker und schneller entwickelt als auf anderen Schultypen, da hier tendenziell mehr Jugendliche mit bildungsbürgerlichem Hintergrund zu finden sind.

Abbildung 1: Politisches Interesse im Zeitverlauf, nach Schultyp und familiärem Bildungshintergrund.

Nur Schüler*innen, die an beiden Befragungswellen teilgenommen haben.

Sozioökonomischer Hintergrund:

- mind. ein Elternteil ohne Abitur
- beide Eltern mit Abitur

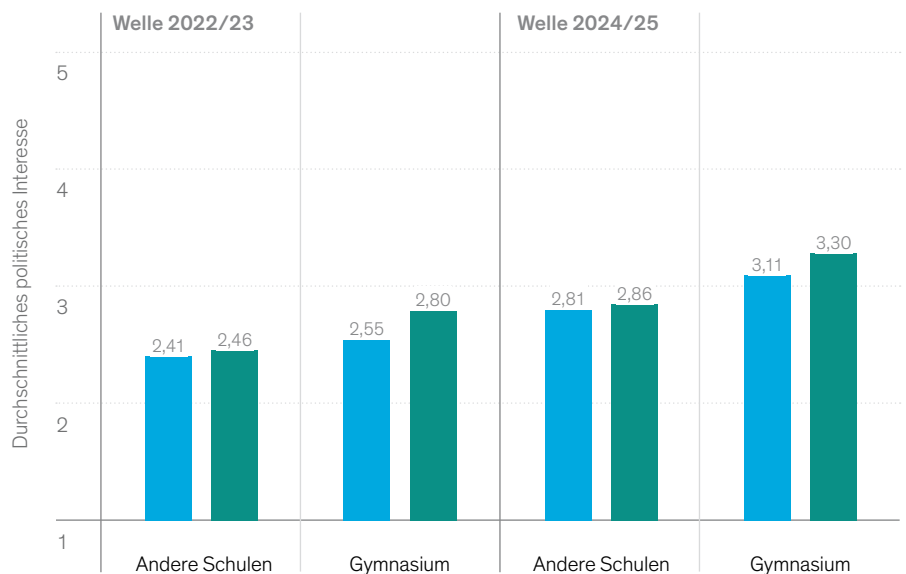


Abbildung 1 belegt diese erwartbaren Zusammenhänge auch in den Daten zum politischen Interesse der Jugendlichen aus dem PerFair-Projekt.⁴ Wie erwartet erweist sich der sozioökonomische Hintergrund als ein maßgeblicher Faktor für das politische Interesse: Jugendliche aus bildungsbürgerlichen Elternhäusern sind stärker an Politik interessiert als diejenigen aus bildungsfernen Familien. Dabei sind diese Unterschiede bei Schüler*innen in Gymnasien stärker ausgeprägt als bei jenen in nicht-gymnasialen Schulformen.⁵ Zudem bestätigt die Datenlage, dass das politische Interesse an Gymnasien durchschnittlich höher ist als an anderen Schultypen. Während dieser Unterschied zwischen den Schulformen bereits in der 7. Klasse sichtbar wird, ist er in der 9. Klasse noch einmal deutlich stärker ausgeprägt. Das politische Interesse steigt auf gymnasialen Schulformen also etwas stärker an als auf nicht-gymnasialen Schulformen. Auch wenn sich damit die erwartbaren Unterschiede nach individuellem Hintergrund und Schultypus bestätigen, wird deutlich, dass das politische Interesse in allen Gruppen, durchaus auch in eher bildungsfernen Schichten und nicht-gymnasialen Kontexten, wächst. Wir sehen also beides: systematische Unterschiede im politischen Interesse nach sozioökonomischem Hintergrund und Schulform, aber auch ein generell steigendes Interesse an politischen Fragen bei allen Jugendlichen.

³ Barseganyan, Vardan, Antonie Knigge, and Ineke Maas. 2024. „Social Origin and Political Participation: Does Education Compensate for or Reinforce Family Advantages and Disadvantages?“ *Acta Politica* 59 (2): 340–63.; Jungkunz, Sebastian, and Paul Marx. 2024. „Material Deprivation in Childhood and Unequal Political Socialization: The Relationship between Children's Economic Hardship and Future Voting.“ *European Sociological Review* 40 (1): 72–84.

⁴ Fragetext: „Ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessierst du dich für Politik?“ (1: „überhaupt nicht“ – 5: „sehr stark“)

⁵ Die Gruppe der anderen Schultypen umfasst in Baden-Württemberg Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen; in Sachsen die Oberschulen; und in Schleswig-Holstein die Gesamtschulen.

Anzeichen einer parteipolitischen Polarisierung?

Im Zuge der politischen Sozialisierung entwickelt sich nicht nur das allgemeine politische Interesse, sondern auch die Bindung an eine bestimmte politische Partei. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Parteiidentifikation der befragten Jugendlichen im Zeitverlauf und nach Bundesland gegliedert. In der ersten Befragungswelle (7. Klasse) gibt eine relative Mehrheit an, dass sie sich nicht mit einer bestimmten Partei identifizieren können, da sie diese noch nicht gut genug kennen (zwischen 38 und 48 Prozent der Befragten). Auch die Antwortoption, dass die Befragten „keine der Parteien besonders gut“ finden, ist mit 18 bis 28 Prozent häufig gewählt. Die Muster der Parteiidentifikation für diejenigen, die sich schon im Alter von 12 Jahren zu einer Partei – vornehmlich der CDU/CSU und den Grünen – bekennen, variieren dabei nicht auffällig über die Bundesländer hinweg.

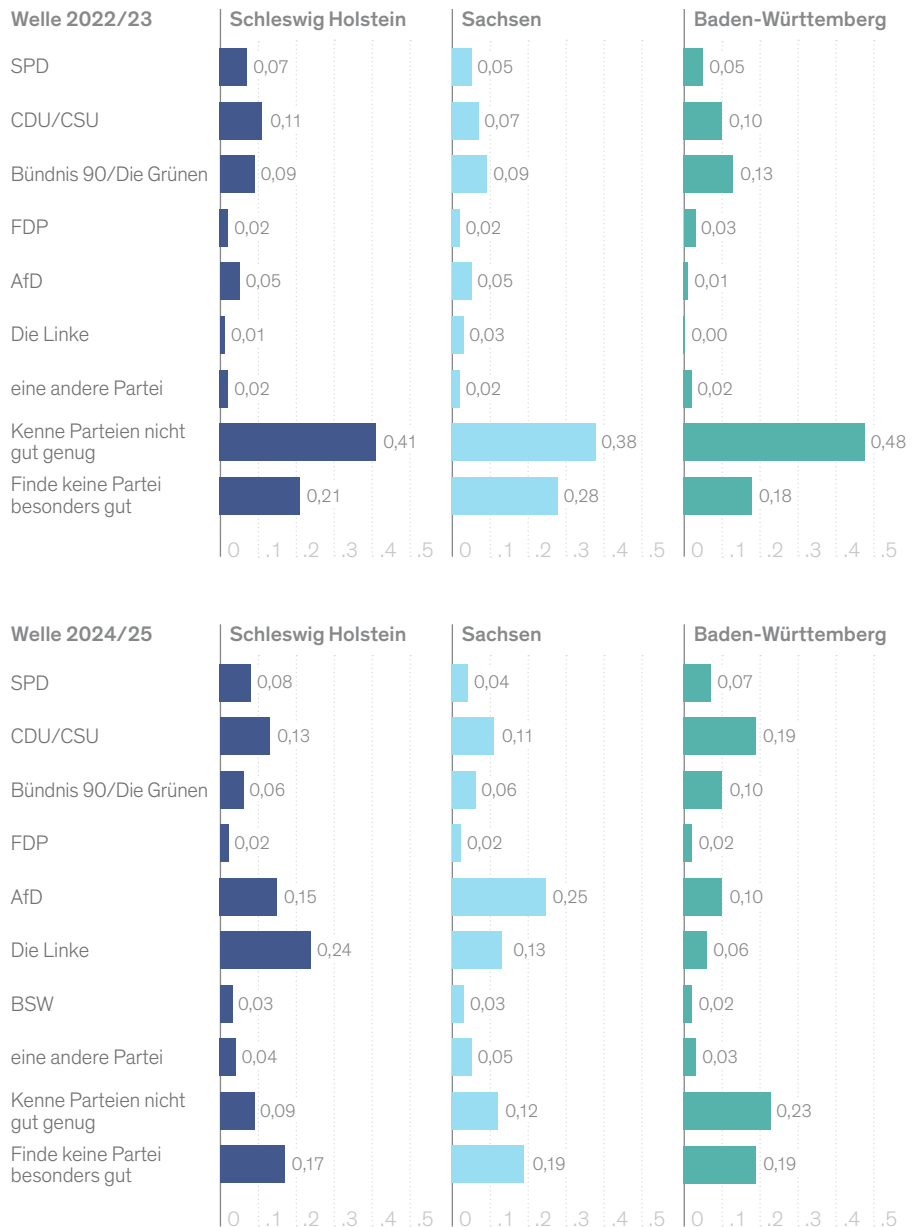
Die zweite Befragungswelle im Jahr 2024/25 zeigt, wie sich die Situation innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums von zwei Jahren grundsätzlich verändert. Da die Abbildung nur diejenigen Jugendlichen erfasst, die an beiden Befragungswellen teilgenommen haben, kann hier der tatsächliche Prozess der politischen Sozialisierung am Beispiel der Entwicklung der Parteiidentifikation abgebildet werden. Besonders auffällig ist, dass die vormals beliebteste Antwortoption („kenne Parteien nicht gut genug“) besonders in Sachsen (von 38 auf 12 Prozent) und in Schleswig-Holstein (von 41 auf 9 Prozent) stark zurückgeht. Zudem zeigen sich nun klare Unterschiede in der Identifikation mit verschiedenen Parteien, welche sich stark zwischen den Bundesländern unterscheiden. So ist die AfD in Sachsen in der zweiten Befragungswelle mit starkem Anstieg (plus 23 Prozentpunkte) die mit Abstand (25 Prozent) beliebteste Partei, gefolgt von der Linken (13 Prozent; plus 10 Prozentpunkte).⁶ Das starke Abschneiden der AfD spiegelt den Erfolg der Partei auch unter Erwachsenen im Bundesländervergleich. Im eher bürgerlich-grün geprägten Baden-Württemberg können sich die meisten Jugendlichen mit der CDU/CSU (19 Prozent, plus 9 Prozentpunkte im Vergleich zur ersten Welle) identifizieren, gefolgt von den Grünen (10 Prozent), die etwa gleichauf liegen mit der AfD (+9 Prozentpunkte). In Schleswig-Holstein hingegen ist in der zweiten Befragungswelle besonders die Linkspartei bei den 14-jährigen Jugendlichen beliebt (24 Prozent; plus 23 Prozentpunkte), gefolgt von der AfD an zweiter Stelle (15 Prozent; plus 10 Prozentpunkte). Die insgesamt überdurchschnittlich hohe Identifikation mit der AfD einerseits und der Linkspartei andererseits scheint in diesen Bundesländern kein Einzelphänomen zu sein, sondern zeigte sich auch unter den jüngsten Wählenden in der Europawahl 2024⁷ und der Bundestagswahl 2025 und kann ein Anzeichen für eine allgemein zunehmende Polarisierung unter jüngeren Bürger*innen zwischen 14 und 24 Jahren sein.

⁶ Die Linke war nach der Wende in Sachsen eine starke Partei. Während sie im Verlauf der Jahre ihre Wählerbasis verlor, konnte sie in der Bundestagswahl 2025 nicht nur in Sachsen einen starken Stimmenzuwachs verzeichnen, insbesondere unter den jüngsten Wählenden.

⁷ Milosav, Đorđe, Zachary Dickson, Sara B. Hobolt, Heike Klüver, Thereas Kuhn and Toni Rodon. 2026. „The youth gender gap in support for the far right.“ *Journal of European Public Policy* 33(2): 444–468.

Abbildung 2: Parteiidentifikation von Jugendlichen im Bundesländer-Vergleich.

Nur Schüler*innen, die an beiden Befragungswellen teilgenommen haben.



Zum Zusammenhang von Bildung und Parteipräferenz

Der aktuelle Forschungsstand bei Erwachsenen zeigt, dass ein höherer Bildungshintergrund tendenziell mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit einhergeht, rechtspopulistische Parteien zu wählen. So bevorzugen Bessergebildete eher bürgerliche, grüne oder liberale Parteien,⁸ während die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien bei Menschen mit geringerer Bildung zunimmt. Ähnliche Zusammenhänge zeigen sich auch bei den befragten Jugendlichen in den drei Bundesländern (Abbildung 3).⁹

So erzielt die AfD in der zweiten Befragungswelle 2024/25 über alle untersuchten Bundesländer hinweg die höchsten Zustimmungswerte unter Jugendlichen mit niedrigem Bildungshintergrund auf nicht-gymnasialen Schulzweigen (25 Prozent), während sie die niedrigste Unterstützung bei denjenigen mit hohem Bildungshintergrund auf Gymnasien erfährt (6 Prozent). Gleichzeitig liegen die Grünen bei Jugendlichen mit höherem sozioökonomischem Hintergrund auf Gymnasien vorn (18 Prozent), sind aber bei denjenigen aus bildungsfernen Familien weniger beliebt; hier wird eher die Linkspartei bevorzugt (14 Prozent). Interessanterweise liegt die Identifikation mit der CDU/CSU über alle Subgruppen hinweg relativ stabil zwischen 13 und

⁸ Hooghe, Liesbet, and Gary Marks. 2025. „How Does the Education Cleavage Stack up against the Classic Cleavages of the Past?“ *West European Politics* 49 (3): 636–68.

⁹ Eine gleichzeitige, weitere Ausdifferenzierung nach Bundesländern ist schwierig, da dann die Fallzahlen in den jeweiligen Untergruppen klein werden und nur noch eingeschränkt Rückschlüsse erlauben.

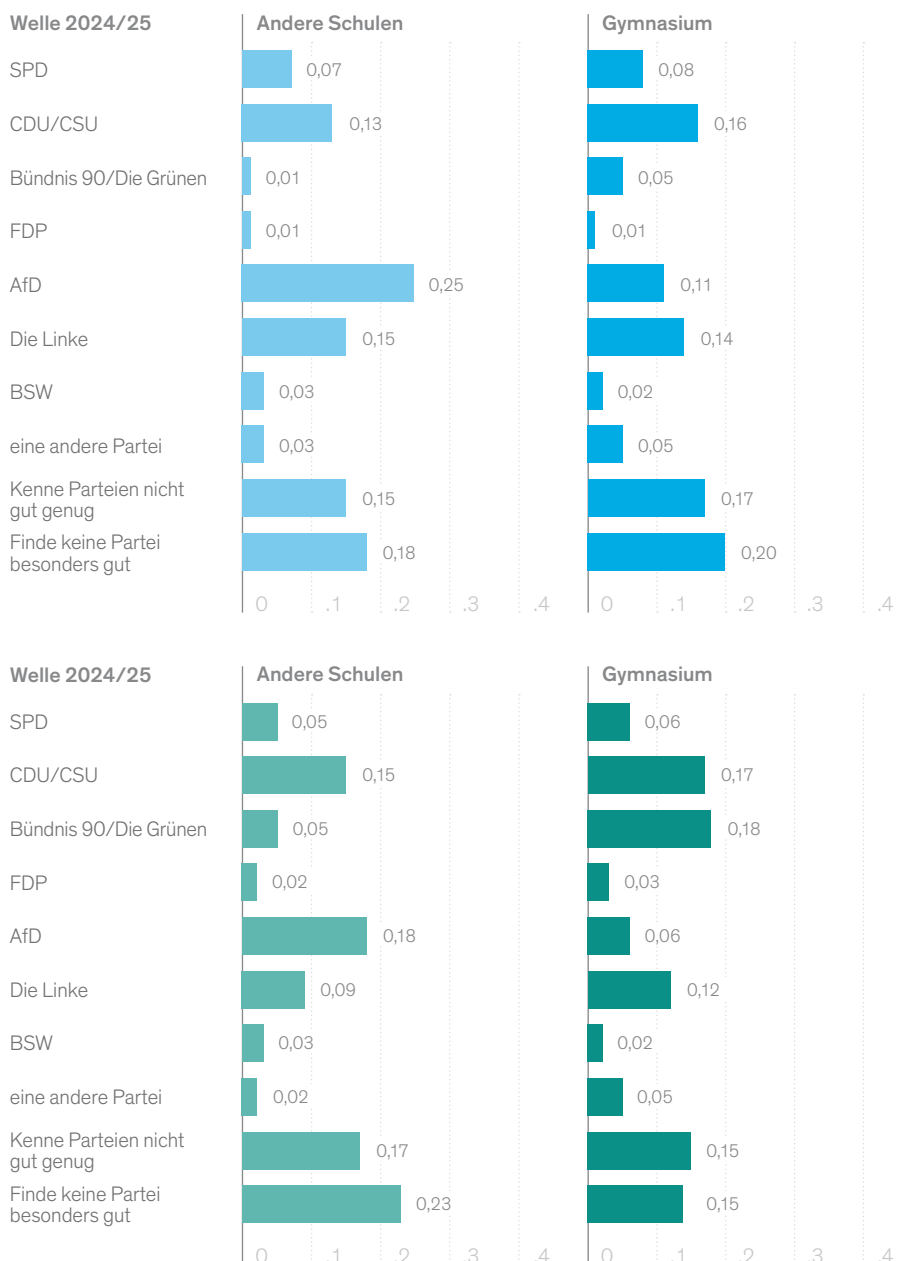
17 Prozent und ist damit verhältnismäßig hoch. Andere Parteien spielen hingegen nur eine marginale Rolle: Während die SPD unabhängig von Schultyp oder Bildungshintergrund im Durchschnitt nur knapp 6 Prozent Zustimmung erhält, bleiben FDP und BSW unter der Marke von fünf Prozent Zustimmung. Die PerFair-Daten zeigen also bereits für Jugendliche im Alter von circa 14 Jahren ein signifikantes Potential für politische Polarisierung. Von den ehemaligen Volksparteien kann nur die CDU/CSU eine relativ stabile Unterstützung in verschiedenen Subgruppen von Jugendlichen aufweisen. Auf der linken Seite des Parteienspektrums konkurrieren die Linkspartei und die Grünen um den ersten Platz, während auf dem rechten Spektrum klar die Sympathien mit der AfD vor einer stabilen CDU/CSU überwiegen. Wenngleich die demokratischen Parteien (jenseits der AfD) in jeder untersuchten Gruppe eine Mehrheit haben, zeigen die Daten eine besorgniserregende Verschiebung der Parteiidentifikation nach rechtsaußen. Daher untersuchen wir in einem letzten Schritt, wie sich allgemeine Einstellungen zur Demokratie und zum rechtspopulistischen Kernthema Migration unter Jugendlichen entwickeln.

Abbildung 3: Parteiidentifikation von Jugendlichen nach Bildungshintergrund und Schultyp.

Nur Schüler*innen, die an beiden Befragungswellen teilgenommen haben.

Sozioökonomischer Hintergrund:

- mind. ein Elternteil ohne Abitur
- beide Elternteile mit Abitur



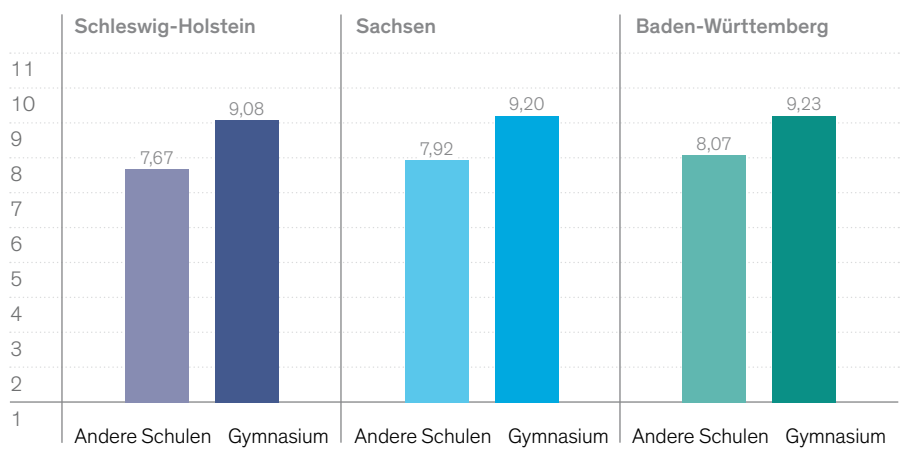
Einstellungen zur Demokratie

Demokratische Einstellungen werden mit einer Reihe von gegensätzlichen Aussagen erhoben, zwischen denen die Jugendlichen sich einordnen sollen.¹⁰ Für die Auswertung haben wir die Antworten in einem Mittelwert-Index zusammengefasst. Bereits in der ersten Befragung war die Unterstützung für demokratische Werte generell hoch und ist von der ersten zur zweiten Befragungswelle noch einmal leicht angestiegen. Dabei zeigen Befragte aller Bundesländer und Schultypen Werte deutlich oberhalb des Mittelpunkts der Skala (6) ohne signifikante Unterschiede zwischen den Bundesländern. Auch die hohe Identifikation mit der AfD in Sachsen geht im Vergleich zu den anderen beiden Bundesländern nicht mit einer geringeren Unterstützung für demokratische Werte einher.

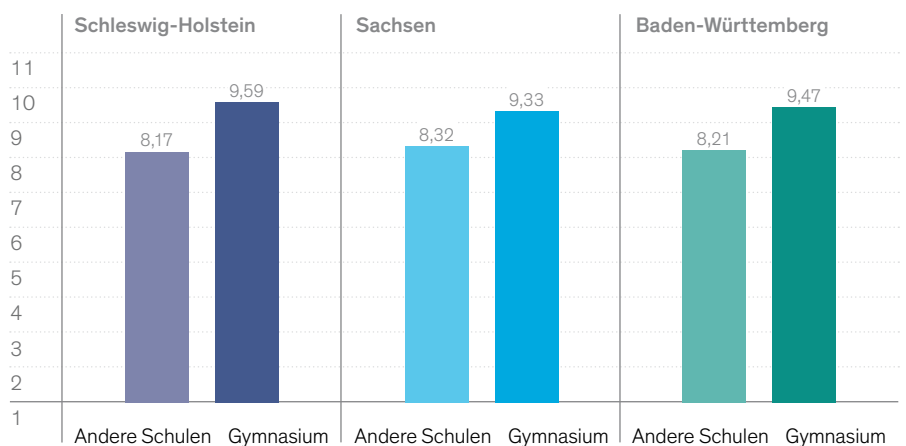
Abbildung 4: Einstellungen zu Demokratie nach Bundesland und Schultyp im Zeitverlauf.

Nur Schüler*innen, die an beiden Befragungswellen teilgenommen haben.

Welle 2022/23



Welle 2024/25



¹⁰ Fragetext: „Hier siehst du ein paar gegensätzliche Aussagen zur Politik in Deutschland. Wie ist deine Meinung dazu?“ Hinweis: (1) bedeutet „stimme gar nicht zu“, (11) bedeutet „stimme voll zu“

- A) „Demonstrationen sollten immer gewaltfrei sein“ (11) – „Für die richtige Sache kann ein bisschen Gewalt nichts schaden.“ (1)
- B) „Menschen dürfen zu jedem Thema unterschiedliche Meinungen haben“ (11) – „Es gibt zu jedem Thema nur eine richtige Sichtweise“ (1)
- C) „Ein Kompromiss in der Politik ist ein Verrat an der Meinung der Mehrheit“ (1) – In der Politik ist es wichtig, Kompromisse zwischen unterschiedlichen Sichtweisen zu finden. (11)
- D) „In der Politik in Deutschland sollte eine starke Führungsperson alles bestimmen“ (1) – In der Politik in Deutschland sollten alle Menschen das Recht haben mitzubestimmen“ (11)

Eine genauere Betrachtung nach Schultypen wirft allerdings Fragen auf: Im Durchschnitt ist die Unterstützung für Demokratie bei Jugendlichen auf nicht-gymnasialen Schultypen in beiden Befragungen deutlich niedriger als bei denen auf Gymnasien. Zwar steigt diese Unterstützung in allen Schultypen zwischen der ersten und der zweiten Befragung leicht an, doch bleiben dadurch die Unterschiede zwischen den Schultypen im Zeitverlauf bestehen. Die signifikant niedrigere Unterstützung für Demokratie in nicht-gymnasialen Schulzweigen bietet ein gewisses Mobilisierungspotential für rechtspopulistische Parteien, die sich gegenüber den bestehenden demokratischen Institutionen kritisch positionieren. Dies kann sich konkret in der höheren Identifikation mit der AfD in diesen Kontexten ausdrücken, wie oben diskutiert.

Einstellungen zu Migration

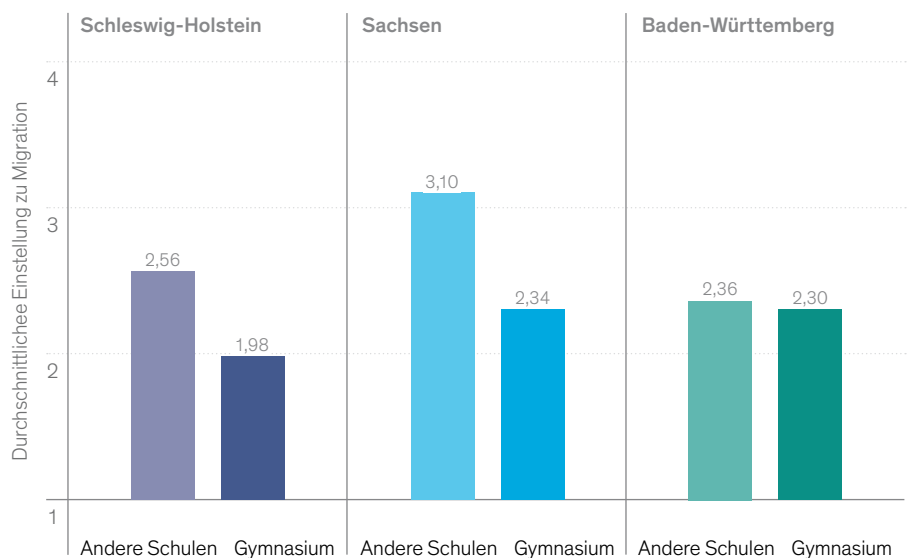
Neben der Kritik an demokratischen Institutionen ist eine restriktivere Migrationspolitik ein zentrales Thema rechtspopulistischer Parteien. Auch wenn Migration für Jugendliche nicht das bedeutendste Problem zu sein scheint, sind Einstellungen zu diesem Thema typischerweise stark mit einer Neigung zur AfD verbunden.¹¹ Daher zeigt Abbildung 5 die Einstellungen der 9.-Klässler*innen zu Migrationspolitik.¹²

Abbildung 5: Einstellungen zu Migration nach Bundesland und Schultyp.

Höhere Werte = höhere Skepsis gegenüber Migration.

Nur Schüler*innen, die an beiden Befragungswellen teilgenommen haben.

Welle 2024/25



Über Bundesländer und Schulformen hinweg zeigen unsere Daten, dass Jugendliche Migration offen, aber nicht unkritisch gegenüberstehen. Besonders Gymnasialschüler*innen lehnen die Aussage, dass die Regierung weniger Ausländer*innen ins Land lassen sollte, eher ab als diejenigen auf anderen Schultypen. Besonders kritisch wird Migration unter Jugendlichen in Sachsen auf nicht-gymnasialen Schultypen bewertet. Allgemein ist der Unterschied in Bezug auf Einstellungen zu Migration in Sachsen zwischen Gymnasium und anderen Schultypen größer als in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Das legt nahe, dass, neben der geringeren Unterstützung für demokratische Prinzipien, auch die migrationskritischen Einstellungen der Jugendlichen in nicht-gymnasialen Schultypen in Sachsen zum Erfolg der AfD in diesem Bundesland beitragen können.

¹¹ Fröhlich, Paulina 2025: „Wer sind die Neuen? Warum junge Menschen bei der Bundestagswahl erstmalig AfD gewählt haben“. Das Progressive Zentrum (DPZ). Schnetzer, Simon; Hampel, Kilian & Kolleck, Nina 2026: „Trendstudie: Jugend in Deutschland 2026“. Datajockey Verlag.

¹² Fragetext: „Die Regierung sollte weniger Ausländer*innen ins Land lassen.“ (1. „stimme überhaupt nicht zu“ – 5. „stimme voll zu“)

¹³ Milosav, Đorđe, Zachary Dickson, Sara B. Hobolt, Heike Klüver, Thereas Kuhn and Toni Rodon. 2026. „The youth gender gap in support for the far right.“ Journal of European Public Policy 33(2): 444–468.

Fazit und politische Handlungsempfehlungen

Die hier dargestellten zentralen Ergebnisse aus dem PerFair-Projekt decken sich mit aktuellen Wahlanalysen, die eine zunehmende Unterstützung für die AfD auch unter jungen Menschen feststellen.¹³ Unsere Umfragedaten belegen, dass Jugendliche bereits im Alter von etwa 14 Jahren klar erkennbare und differenzierte Muster der parteipolitischen Identifikation aufweisen. Besonders auffällig ist die überdurchschnittlich hohe Identifikation mit der AfD im Bundesland Sachsen sowie in nicht-gymnasialen Schultypen und eher bildungsfernen Schichten. Bei den Jugendlichen in gymnasialen Schultypen und denjenigen aus höher gebildeten Schichten konkurrieren die Linkspartei und die Grünen um die Sympathie der Jugendlichen. Die CDU/CSU kann auf eine recht stabile Unterstützung auf einem moderat hohen Niveau (15–17 %) bei Jugendlichen aufbauen, während die SPD in allen Bundesländern große Schwierigkeiten hat, Unterstützung bei Jugendlichen zu generieren. Generell schlägt sich die hohe Unterstützung für die in Sachsen als gesichert rechtsextremistisch eingestufte AfD (noch) nicht in einer geringeren allgemeinen Unterstützung für demokratische Werte nieder. Dennoch ist die signifikant niedrige Unterstützung für Demokratie in nicht-gymnasialen Schulzweigen besonders auch in diesem Bundesland besorgniserregend.

Aus den Befunden lässt sich ableiten, dass es eine elementare Stärkung der politischen Bildung, insbesondere in nicht-gymnasialen Schulzweigen, braucht. Die Unterstützung für demokratische Werte und auch politisches Interesse sollte nicht vom besuchten Schultyp oder Bundesland abhängen. Ohne besondere Investitionen in die politische Bildung zeigen die aktuelle Studienlage sowie unsere Daten, dass sich Jugendliche mit höherem Bildungsniveau und -hintergrund eher für Politik interessieren und demokratische Werte unterstützen. Daher ist eine Fokussierung auf eher bildungsferne soziale Schichten und nicht-gymnasiale Schulzweige dringend geboten, um hier keinen Nährboden für rechts-extreme und demokratiefeindliche Parteien entstehen zu lassen. Neben der Vermittlung von politischem Grundwissen (wie bspw. über politische Institutionen und Rechte) sind hierbei aktivierende und inklusive didaktische Methoden (wie Simulationen, Rollenspiele, offene Diskussion von aktuellen politischen Themen etc.) und Partizipationsmöglichkeiten in der Schule (etwa dem gleichberechtigten Einbinden von Schüler*innen bei schulischen Entscheidungsprozessen) essenziell. Solche Aktivitäten helfen nicht nur, das erlernte Wissen über politische Prozesse und Institutionen besser zu verankern, sondern können auch dazu beitragen, die politische Selbstwirksamkeit von bildungsbenachteiligten Jugendlichen zu stärken. Auf diese Weise würden sie befähigt, ihre eigenen Interessen und Perspektiven konstruktiv in den demokratischen Willensbildungsprozess einzubringen.

Gleichzeitig wissen wir, dass es in Politik und Gesellschaft eine Schieflage zu Ungunsten von Jugendlichen und späteren Erwachsenen aus bildungsfernen Familien gibt. Politische Entscheidungsträger*innen sind überdurchschnittlich häufig akademisch gebildet (ungleiche deskriptive Repräsentation) und politische Beschlüsse spiegeln primär die Präferenzen von Höhergebildeten wider (ungleiche substantielle Repräsentation).¹⁴ Zudem bestimmt der schulische Bildungsweg maßgeblich den späteren sozioökonomischen Lebenserfolg, wie etwa die berufliche und finanzielle Sicherheit.¹⁵ Vor diesem Hintergrund untersucht unser Projekt, inwiefern die Wahrnehmung dieser Ungleichheiten durch die Schüler*innen für die hier dokumentierten Muster verantwortlich ist. Um Polarisierung und Radikalisierung als Reaktion auf zunehmende sozio-ökonomische und politische Ungleichheiten entgegenzuwirken, greift die Stärkung der politischen Bildung allein zu kurz. Es bedarf vielmehr tiefgreifender gesamtgesellschaftlicher Maßnahmen, um strukturelle Ungleichheiten im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt und im politischen System selbst aktiv abzubauen.

¹⁴ Elsässer, Lea, and Armin Schäfer. 2023. „Political Inequality in Rich Democracies.“ *Annual Review of Political Science* 26 (1): 469–87.

¹⁵ Brunello, Giorgio, and Simona Comi. 2004. „Education and Earnings Growth: Evidence from 11 European Countries.“ *Economics of Education Review* 23 (1): 75–83.

Autor:innen



Marius R. Busemeyer

Marius R. Busemeyer ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wohlfahrtsstaatenforschung, Bildungs- und Sozialpolitik sowie öffentliche Meinung und individuelle Einstellungen zum Sozialstaat.



Nadja Wehl

Nadja Wehl ist Postdoktorandin im Projekt „Students' Perceptions of Inequality and Fairness (PerFair)“ des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Sozialisation in der Jugend, Ungleichheit und die Wahrnehmung von Ungleichheit, politische Teilhabe und Einstellungen zur (Sozial-)Politik.



Susanne Garritzmann

Susanne Garritzmann ist Politikwissenschaftlerin am Institut für Empirisch-Analytische Forschung der Goethe-Universität Frankfurt und mit dem Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz affiliert. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen politisches Verhalten, Ungleichheit, Sozialisation, Public Policy und angewandte Methoden.

Universität Konstanz
Exzellenzcluster
„The Politics of Inequality“

Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Vorstand: Marius R. Busemeyer,
Claudia Diehl, Gabriele Spilker

Geschäftsführung: Thomas Wöhler

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder
vergleichbare Verwendung ist nur mit
vorheriger schriftlicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.

© Cluster of Excellence
„The Politics of Inequality.“

Das Progressive Zentrum e. V.

V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin
T +49 30 400 542 55
mail@progressives-zentrum.org

Vorstand: Wolfgang Schroeder,
Judith Siller, Joachim Knodt
Geschäftsführung:
Dominic Schwickert

Redaktion:
Annalena Kampermann,
Melanie Weiser, Florian Ranft

Bilder:
S. 10 Ines Janas

Gestaltung & Layout:
yella park



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“
→ [https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/
forschung/publikationen/policy-papers/](https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/forschung/publikationen/policy-papers/)

Impressum

The Politics of Inequality Perceptions, Participation and Policies

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, der weltweite Aufstieg von Populist:innen, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel, ungerecht verteilte Bildungschancen – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

– inequality.uni.kn

@excinequality

The Politics of Inequality

@excinequality.bsky.social

Gefördert durch:

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft
EXC-2035/2–390681379

Das Progressive Zentrum

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteur:innen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge Vordenker:innen und Entscheidungsträger:innen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

– progressives-zentrum.org

@DPZ_Berlin

Das Progressive Zentrum

@dpzberlin.bsky.social